

Stellungnahme

des DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen

zum Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion FDP (Drucksache 17/1113)

„Nordrhein-Westfalen in Europa: Erste Impulse setzen – grenzüberschreitende Kooperation mit den Niederlanden und Belgien intensivieren, den europäischen Zusammenhalt fördern, die strukturellen Verknüpfungen ausbauen“

**und zum Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion FDP
(Drucksache 17/1661)**

„Nordrhein Westfalen in Europa II: Grenzüberschreitende Vernetzung mit den Niederlanden und Belgien in den Bereichen Arbeitsmarkt und Hochschulen intensivieren und strukturelle Verknüpfungen ausbauen“

Anhörung des Ausschuss für Europa und Internationales am 23.2.2018

Düsseldorf, 19.02.2018

Aus Sicht der Beschäftigten ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von hoher Bedeutung. Wir begrüßen daher, dass sich die NRW-Regierungsfractionen dem Ausbau und der Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den regionalen Partner/innen aus den Niederlanden und Belgien widmen: Eine richtige und notwendige Schwerpunktsetzung! Von wichtigen Ansätzen der digitalen Kooperation abgesehen bietet der Antrag leider jedoch nicht mehr als eine bessere Bestandsaufnahme der bestehenden Kooperationsstrukturen und deren Ausbau. Es fehlt zunächst eine genaue Beschreibung worin der Mehrwert in der grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich Arbeitsmarkt und Hochschule für wen steckt. Darüber hinaus zeigt der Antrag in den entscheidenden Bereichen des Arbeitsmarktes, in dem die Probleme liegen, noch keine hilfreichen Maßnahmen auf. Die große Leerstelle ist, dass nur abstrakt von „bürokratischen Hürden“ gesprochen wird, ohne die praktischen Probleme im Zusammenleben und -arbeiten anzupacken.

Leider gibt es insbesondere im Bereich der Infrastruktur aber auch im Bereich des Arbeitsmarktes Defizite die dringend angegangen werden müssen. Die grenzüberschreitende Vernetzung darf nicht nur an den Hochschulen stattfinden. Sie muss insbesondere im Alltag für die Beschäftigten erlebbar sein und ein erleichtertes Arbeiten auf der anderen Seite der Grenze ermöglichen.

- Grundsätzlich fehlt vorab die Forderung nach einer Analyse, der die Arbeitsmärkte mit ihren jeweiligen Besonderheiten im Hinblick auf Branchen und Arbeitsplatzentwicklungen analysiert und eruiert, worin Bedarfe und Erfordernisse einer erfolgreichen Vernetzung bestehen.
- Neben der für viele Menschen theoretisch bestehenden Möglichkeit, beidseits der Grenze Schulen zu besuchen, Ausbildungsstellen oder Arbeitsplätze anzubieten, braucht es auch die praktischen Möglichkeiten dazu: Nur durch ein konkretes Maßnahmenbündel kann dies vor Ort erreicht werden.

1. Vollständige Anerkennung der Berufsabschlüsse auf beiden Seiten der Grenze:

Für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ist es von großer Bedeutung, dass die Ausbildung auf beiden Seiten der Grenze Anerkennung findet. Die Anerkennung der beruflichen Abschlüsse unseres dualen Bildungssystems ist hier von besonderer Bedeutung. Teure Anerkennungsverfahren sind eine unnötige Hürde, die weder den Arbeitgebern, noch den Arbeitnehmern nutzt. Auch bestehende Probleme bei der Unterversorgung mit passenden Ausbildungsstellen oder sog. „Matching“-Problematiken können durch eine auf beiden Seiten der Grenze gleichermaßen anerkannte Ausbildung entgegengewirkt werden.

Erste Schritte dahin sind:

- Förderung von grenzüberschreitenden Ausbildungsprojekten
- Kooperationsmodelle von Berufskollegs und den niederländischen Regionale Opleidingscentra (ROCs) unter Einbeziehung der Sozialpartner
- Klare Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Ausbildung, um eine Anerkennung in beiden Ländern zu bekommen
- Vermeidung von Doppelstrukturen, um Verfahren zu vereinfachen. Die Anerkennung von Ausbildungen ist kompliziert und teuer. Ein Vergleich der Kompetenzen wäre sinnvoll.

2. Klarheit für Grenzpendler im Steuer- und Sozialsystem

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen vor allen Dingen Klarheit worauf sie sich einlassen, wenn sie sich entscheiden grenzüberschreitend zu arbeiten. Auswirkungen bspw. auf die Rentenansprüche sind immer wieder Thema. Wir fordern eine stärkere Sensibilisierung der Arbeitgeberseite, sowie der Politik für die Problemlagen der Grenzpendler in diesem Bereich.

3. Grenzüberschreitende Informationssysteme sind auszubauen

- Konkret wird die digitale Erweiterung der wichtigen Grenzfunktionen nicht ausreichen: Stattdessen braucht es hier insgesamt mehr Anlaufstellen, mehr Öffentlichkeit (-arbeit) und v.a. eine Stärkung der individuellen Beratungskompetenzen. Interessierten Arbeitnehmer/innen müssen bei Fragen von Sozialversicherungsansprüchen, Arbeitsrecht, den unterschiedlichen (Ausbildungs-)Systemen und deren Anerkennung, Verdienstmöglichkeiten und nicht zuletzt in der Bedeutung von Gewerkschaften und Tarifverträgen fundierte Beratung über die jeweiligen Arbeitsbeziehungen bekommen.
- Die bestehenden Informationsasymmetrien zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern dürfen nicht zum Nachteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgenutzt werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen verhindert werden. Grenzüberschreitende Portale und ähnliches müssen also auch immer den Fokus der Information über Schutzrechte im jeweils anderen Arbeitsmarkt beinhalten. Neben der Aufklärung über Rechte und Pflichten, gehört auch eine effektive Überwachung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zum Schutz der Beschäftigten.

- Verbunden mit besserer Beratung sollten passgenaue Weiterbildungsangebote sein, die das Matching verbessern: Die unterschiedlichen Arbeitssprachen auf den verschiedenen Seiten der Grenze bleiben eine der größten Herausforderungen. Sie werden im Antrag kaum thematisiert. Zum Erlernen und Verbessern der jeweils notwendigen Arbeitssprache braucht es deshalb passgenaue, von den Arbeitsmarktbehörden (bei uns: Bundesagentur für Arbeit) geförderte und an die Arbeits- und Ausbildungsplätze angepasste Sprachkurse. Die Arbeitgeber/innen sollten bei der Sprachvermittlung systematisch einbezogen werden, damit das Verständnis und die Mitverantwortung gestärkt wird. Als Zukunftsprojekt könnten Vereinbarungen über eine gemeinsame Zweitsprache als Grundbildung getroffen werden.
- Um die Ausbildungskooperationen beidseits der Grenze(n) zu stärken, sind neben der Beratung und Sprachvermittlung weitere Maßnahmen zu ergreifen: Sowohl bei der Mobilität im Grenzgebiet als auch der Frage nach finanzierbarem und zielgruppengerechtem Wohnraum sollten neue Konzepte entwickelt werden. Um die Attraktivität von Ausbildungen beidseits der Grenze zu steigern, sollte es einheitliche ÖPNV-Tickets geben, die einen günstigen Transfer für die Arbeit und die Freizeit ermöglichen. Auch sollten Förderstrukturen für Azubi-Wohnzentren bereitgestellt werden, um Auszubildenden eine preisgünstige und mit entsprechenden Betreuungs-/Förderungsstrukturen versehene Wohnmöglichkeiten (unter der Woche) zu schaffen.

Neben diesen allgemeinen Punkten sind auch Probleme der Infrastruktur und der Verkehrsanbindung von entscheidender Bedeutung. Am Beispiel der Euregio Rhein-Waal können diese Probleme verdeutlicht werden, die aber in den anderen Regionen ähnlich sind:

4. Deutliche Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs

Verbesserung im grenzüberschreitenden Verkehr fängt an mit dem Ausbau der Infrastruktur. Die Gewerkschaften setzen sich bereits seit vielen Jahren für die Reaktivierung der Bahnlinie Kleve - Nimwegen ein.

Diskussionen wie beispielsweise zur ICE Haltestelle in Emmerich dürfen nicht lediglich von nationalen Interessenslagen auf einer Seite der Grenze bestimmt werden. So würde der Haltepunkt beispielsweise auch große Vorteile für die Gewerbe- und Industriebetriebe in s-Heerenberg bieten und deshalb von Vorteil für den regionalen Arbeitsmarkt sein.

Die Nahverkehrsanbindung Düsseldorf – Eindhoven über Venlo ist verbesserungswürdig.

Infrastruktur alleine reicht allerdings nicht. Wir brauchen eine Harmonisierung der Tarif- und Ticket-Systeme der Verkehrsverbände auf beiden Seiten der Grenze, damit grenzüberschreitende Mobilität auch bezahlbar und problemlos möglich ist und nicht durch Ticketkäufe für eine Person auf beiden Seiten der Grenze erschwert wird.

5. Ausbau des grenzüberschreitenden Straßennetzes

Die bereits beschriebenen größtenteils fehlende Infrastruktur im Bereich des Schienenverkehrs sorgt dafür, dass aktuell bestehende Straßennetze überlastet sind. Ein gutes Beispiel dafür ist das Nadelöhr am Grenzübergang Wyler zwischen Kranenburg und Groesbeek. Wer direkte Verbindungen schafft stärkt die europäische Idee in der Keimzelle und trägt zu einer Stärkung der Union bei.

6. Ausbau der Schienenverbindungen im Güterverkehr

Der niederländische Seehafen in Rotterdam und der Hafen im belgischen Antwerpen haben eine übergeordnete Bedeutung für die Wirtschaft am Niederrhein und die Oberzentren im Ruhrgebiet und im Rheinland. Die Versorgung insbesondere mit Rohstoffen für die Industrie muss für die Erhaltung von Arbeitsplätzen auch bei schwankenden Pegelständen des Rheins sichergestellt werden. Deshalb ist der Ausbau des Eisernen Rheines und der Betuwe-Linie endlich voran zu treiben. Aber nicht lediglich Industrieinteressen sind für uns ausschlaggebend. Der Ausbau muss vor allen Dingen verträglich für die betroffene Bevölkerung an den Ausbaustrecken gestaltet werden.